OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

4021 Linz / Volksgartenstraße 14
Telefon: +43 732 7075-18004
Fax: +43 732 7075-218018
E-Mail: post@lvwg-ooe.gv.at / www.lvwg-ooe.gv.at

Geschäftszeichen:
LVwG-606223/3/WP

Datum:
Linz, 4. Oktober 2023

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich erkennt durch seinen Richter Mag. Peterseil über die Beschwerde des C I C, vertreten durch x, gegen das Straferkenntnis der Landespolizeidirektion Oberösterreich vom 8. August 2023, GZ: VStV/923300331597/2023, wegen einer Übertretung des Kraftfahrgesetzes (KFG)

zu Recht:

I. Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

II. Die beschwerdeführende Partei hat einen Beitrag zu den Kosten des Beschwerdeverfahrens in der Höhe von 320,00 Euro zu leisten.

III. Gegen diese Entscheidung ist eine Revision unzulässig.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

I. Verfahrensgang:

1.1. Im Straferkenntnis vom 8. August 2023 wirft die Landespolizeidirektion Oberösterreich (belangte Behörde [bB]) dem Beschwerdeführer (Bf) vor, er habe am 18. April 2023 eine Übertretung des § 103 Abs 2 Kraftfahrgesetz begangen, da er als verantwortlich Beauftragter gemäß § 9 VStG der juristischen Person „B B GmbH“ der Aufforderung zur Lenkerauskunft nicht fristgerecht entsprochen habe. Wegen dieser Verwaltungsübertretung verhängte die bB über den Bf eine Geldstrafe idHv 1600 Euro, im Falle der Uneinbringlichkeit eine Ersatzfreiheitsstrafe von 6 Tagen und 17 Stunden [Straferkenntnis].

1.2. Gegen dieses Straferkenntnis erhob der Bf durch seinen rechtsfreundlichen Vertreter eine auf die Strafhöhe eingeschränkte Beschwerde und brachte vor, der Bf sei sorgepflichtig für zwei Kinder und eine einkommenslose Ehegattin. Beantragt wird, das Verwaltungsgericht möge die Strafe auf eine schuld- und tatangemessene Höhe herabsetzen [Beschwerde].

2. Mit Schreiben vom 22. September 2023, beim Verwaltungsgericht am 29. September 2023 eingelangt, legte die bB die Beschwerde samt Verwaltungsstrafakt vor. Mit E-Mail vom 4. Oktober 2023 ergänzte die bB den Verfahrensakt um ein Schreiben betreffend die verwaltungsstrafrechtlichen Vormerkungen des Bf [Vorlageschreiben, E-Mail].

II. Sachverhalt, Beweiswürdigung:

1. Das Verwaltungsgericht geht von folgendem Sachverhalt aus:

Der Bf hat am 18. April 2023 eine Verwaltungsübertretung gemäß § 103 Abs 2 Kraftfahrgesetz (KFG) begangen, wobei über ihn eine Geldstrafe idHv 1600 Euro, im Falle der Uneinbringlichkeit eine Ersatzfreiheitsstrafe von 6 Tagen und 17 Stunden, verhängt wurde. Der Bf erhob dagegen eine auf die Strafhöhe eingeschränkte Beschwerde [Straferkenntnis].

Der Bf ist sorgepflichtig für zwei Kinder und eine einkommenslose Ehegattin. Er verfügt über ein monatliches Nettoeinkommen von 1.700 Euro und über kein nennenswertes Vermögen bzw nennenswerte Schulden. Der Bf ist Geschäftsführer der „B B GmbH“ in Linz [Beschwerdevorbringen, Einkommens- und Vermögensschätzung der bB, Firmenbuchauszug].

Der Auszug betreffend verwaltungsstrafrechtliche Vormerkungen weist für einen Tilgungszeitraum von knapp vier Jahren (2019 bis 2023) zumindest 250 verwaltungsstrafrechtliche Vormerkungen auf. Der Umfang des Auszuges beträgt 20 Seiten. Auf den ersten zehn Seiten des Auszuges (Jahre 2021 bis 2022) finden sich deutlich mehr als 50 Übertretungen des § 103 Abs 2 KFG, daneben noch eine Vielzahl weiterer Übertretungen des KFG [Verwaltungsstrafrechtliche Vormerkungen, Auszug].

2. Beweiswürdigung

Das Verwaltungsgericht hat Beweis erhoben durch Einsichtnahme in den vorgelegten Verwaltungsakt, insbesondere in den Auszug betreffend die verwaltungsstrafrechtlichen Vormerkungen. Der entscheidungserhebliche Sachverhalt ergibt sich daraus widerspruchsfrei.

Auf die Durchführung der – nicht beantragten – mündlichen Verhandlung konnte gemäß § 44 Abs 3 Z 2 VwGVG verzichtet werden, da sich die Beschwerde lediglich gegen die Strafhöhe richtet.

III. Rechtliche Beurteilung:

1.1. Da sich die Beschwerde ausschließlich gegen die Strafhöhe richtet, ist das Straferkenntnis hinsichtlich der Schuld in Rechtskraft erwachsen. Mit anderen Worten hat das Verwaltungsgericht in Bindung an diesen rechtskräftigen Ausspruch lediglich die Strafhöhe zu beurteilen und allenfalls neu zu bemessen.

1.2. Der zum Tatzeitpunkt in Geltung stehende § 134 KFG sieht für die vorliegende Verwaltungsübertretung eine Geldstrafe bis zu einer Höhe von 10.000 Euro vor. Die bB hat den Strafrahmen daher zu weniger als einem Fünftel ausgeschöpft. Wenngleich die bB die bestehenden Sorgepflichten in der Strafbemessung nicht berücksichtigt hat, kann ihr nicht entgegengetreten werden, wenn sie angesichts eines 20 Seiten umfassenden Auszuges betreffend verwaltungsstrafrechtliche Vormerkungen und deutlich mehr als 50 einschlägiger Übertretungen des § 103 Abs 2 KFG (alleine in den letzten beiden Jahren) eine Geldstrafe idHv 1.600 Euro verhängt hat. Alleine aus spezialpräventiven Erwägungen erfordert es beim Bf offensichtlich der Verhängung einer spürbaren Strafe, zumal bislang die (dutzendfache) Verhängung von Strafen in geringerem Ausmaß nicht geeignet war, den Bf von weiteren Übertretungen abzuhalten.

2. Der Kostenausspruch ist in den gesetzlichen Grundlagen (§ 52 Abs 1 und 2 VwGVG) begründet.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

IV. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, da ausschließlich Fragen der Strafbemessung zu beantworten waren. Die Strafbemessung ist an den Umständen des Einzelfalles zu orientieren und geht deren Bedeutung nicht über den Einzelfall hinaus. Es liegt daher keine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung vor.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diese Entscheidung besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen, eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde bzw. einer Revision müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabengebühr von je 240 Euro zu entrichten, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden kann. Ein Verzicht ist schriftlich bekanntzugeben oder zu Protokoll zu erklären. Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.

H i n w e i s

Verfahrenshilfe ist einer Partei zur Gänze oder zum Teil zu bewilligen, wenn die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.
Einer juristischen Person oder einem sonstigen parteifähigen Gebilde ist die Verfahrenshilfe zu bewilligen, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder von ihr/ihm noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint; das Gleiche gilt für ein behördlich bestelltes Organ oder

einen gesetzlichen Vertreter, die für eine Vermögensmasse auftreten, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder aus der Vermögensmasse noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können.

Für das Beschwerdeverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.

Für das Revisionsverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Im Antrag ist, soweit zumutbar, kurz zu begründen, warum die Revision entgegen dem Ausspruch des Verwaltungsgerichtes für zulässig erachtet wird.

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich

Mag. Peterseil